Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6 durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 90 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7849.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 24. Freitag, den 29. Januar 1897. 8. Jahrgang.

Die Hydra der Revolution.

Der Alte in Friedrichsruh hat sich bekanntlich eine Art fixe Idee angeeignet, die dahin geht, die Socialdemokratie habe ihr ganzes Dichten und Trachten nur darauf gerichtet, eine blutige Revolution herbeizuführen und bei einem ausbrechenden Kriege der deutschen Armee in den Rücken zu fallen. Damit gehen seine Blätter schon seit Jahren krebsen und es war zu errathen, daß Angesichts der neugeschaffenen Organisation der Eisenbahnarbeiter solche Producte Bismarckscher Phantasie wieder auftauchen würden. In der ganzen reactionären Presse wird gegen den Verband der Eisenbahnarbeiter gebrüllt und getobt und von der Regierung dessen Vernichtung verlangt, obschon die Eisenbahnarbeiter nur von einem gesetzlich gewährleisteten Recht Gebrauch machen. Der „Säkularmensch“ aber bringt hier seinen alten Spruch wieder an und meint, im Kriegsfalle könnte dieser Verband sehr gefährlich werden und könnte, von der Socialdemokratie geleitet, einen Landesverrath im großen Stile begehen. So stand es in den „Hamburger Nachrichten“ zu lesen.

Obwohl es uns im Ganzen gleichgiltig sein kann, was von Friedrichsruh aus unserer Partei angedichtet wird, denn der „größte Staatsmann aller Zeiten“ ist abgethan, er mag Lärm machen, so viel er will — so wollen wir doch diesen „Landesverrath im großen Stil“ einer näheren Betrachtung unterziehen. Also nehmen wir an, wir befänden uns im Kriege, und zwar mit Rußland oder Frankreich oder mit beiden zugleich.

Was Rußland betrifft, so hat die Socialdemokratie das allerdringendste Interesse daran, daß Deutschland nicht eine Beute des Czarenthums wird. Wir haben zwar sehr wenig politische Freiheit, allein gegen russische Zustände möchten wir die unserigen denn doch nicht vertauschen. Fürst Bismarck dagegen hat sich alle Mühe gegeben, in Deutschland Zustände zu verewigen, die von den russischen nicht viel verschieden sind. Er hat in gewisser Beziehung russische Politik getrieben und hat sich immer mit Rußland auf einen guten Fuß zu stellen versucht. Die Socialdemokratie ist ein Todfeind des Czarenthums, während die conservativen Regierungen Europas in demselben immer eine Stütze der „Ordnung“ gegenüber den revolutionären Bewegungen der einzelnen Nationen erblickt haben. Man denke an die Zeiten der heiligen Allianz! Noch 1849 mußte Rußland die ungarische Erhebung über die Oesterreich nicht Herr werden konnte, niederwerfen.

Die Socialdemokratie hat schon oftmals versichert, daß sie dasselbe Interesse wie andere Parteien habe, daß feindliche Angriffe auf Deutschland abgewehrt würden. Was Frankreich betrifft, so wird dies niemals allein einen Angriff auf das Deutsche Reich unternehmen; es wird dies immer nur in Verbindung mit Rußland thun. Sonach ist auch in diesem Falle von vornherein der Socialdemokratie geboten, dringend die Abwehr eines solchen Angriffs zu wünschen, weil der Sieg der Angreifenden immer wieder eine Vorherrschaft Rußlands mit sich bringen würde, die gleichbedeutend ist mit dem Untergang aller freiheitlichen Bestrebungen. Allerdings müßte früher oder später wieder die socialistische Bewegung in Gang kommen, allein wenn man es vermeiden kann, erst durch russische Zustände hindurch zu müssen, so wird man dazu gewiß alles aufbieten.

Der Socialdemokratie wird bekanntlich auch immer vorgeworfen, sie wolle Deutschland dem Auslande gegenüber wehrlos machen. Die Socialdemokratie ist eine entschiedene Gegnerin des heutigen Militarismus, aber die Volksbewaffnung, die sie erstrebt, würde die Streitkräfte Deutschlands bedeutend vermehren. Dabei würden die ungeheuren Kosten für ein stehendes Heer wegfallen, resp. sich bedeutend vermindern und würden wir nicht in Gestalt des Militarismus einen Staat im Staate haben.

Faßt man dieses Alles zusammen, so muß Jedermann, der sich nicht absichtlich einer besseren Erkenntniß verschließen will, zu der Ueberzeugung kommen, daß der alte Mann im Sachsenwalde die Socialdemokratie nicht so darstellt, wie sie ist, sondern wie ihm sein Haß gegen unsere Partei eingiebt.

Die Socialdemokratie hat sich noch niemals mit einer auswärtigen Macht verschworen. Allerdings ist solches in der deutschen Geschichte oftmals vorgekommen, aber die das gethan haben, sind keine Socialdemokraten gewesen. Auch hat die Socialdemokratie noch niemals Staatsgeheimnisse, zu deren Geheimhaltung sie sich verpflichtet hatte, preisgegeben; ihre Vertreter in der Budgetcommission haben stets gewissenhafte Verschwiegenheit bewahrt über die vertraulichen Mittheilungen der Militärverwaltung, wie längst auch anerkannt worden ist, während Fürst Bismarck einen geheimen Staatsvertrag, zu dessen Verschweigung er verpflichtet war, veröffentlicht hat und zwar ohne irgendwie dazu genöthigt zu sein.

Es ist möglich, daß Fürst Bismarck in der That den Verband der Eisenbahnarbeiter als eine Gefahr im nächsten Kriege betrachtet. Eine solche Nervosität ist ja seit langer Zeit bei den besitzenden Klassen überhaupt bemerkbar, und sie ist nur ein Seitenstück zu dem berühmten Spruch von Bismarck's Vetter, von Herrn v. Puttkamer, daß hinter jedem Streik die „Hydra der Revolution“ laure. Denn daß die Eisenbahnarbeiter einmal einen Streik machen, ist natürlich nicht ausgeschlossen und die gefürchtete „Hydra“ ist da.

Oder Fürst Bismarck nimmt es mit dem „Landesverrath im großen Stil“ selber nicht ernst und seine ganze Auslassung entspringt nur seinem Hasse gegen Arbeiterorganisationen überhaupt. Da tritt seine famose „Arbeiterfreundlichkeit“ wieder einmal unverhüllt hervor.

Die Socialdemokratie wird sich die politische Macht selbst erkämpfen und nicht darauf speculiren, daß ihr dieselbe von einer auswärtigen Macht bei Gelegenheit eines Krieges in die Hände gespielt wird. Wenn man davon überzeugt ist, daß die Befreiung der Arbeiterklasse deren eigenes Werk sein muß, so wird man sicherlich sich nicht mit einer französischen Bourgeoisregierung oder mit dem Kosakenthum zur Vollendung dieses Werkes verbinden. Wir erwarten Alles davon, daß die socialistischen Ueberzeugungen das ganze Volk durchdringen.

Im Uebrigen könnte der alte Bismarck nun auch bald wieder einmal etwas Neues sagen, denn das sich immer wiederholende Aufsteigenlassen des rothen Gespenstes wird nachgerade langweilig.

Politische Rundschau.

— Ueber das Verhältniß des Reichsversicherungsamtes zu dem Reichsamt des Innern schreibt man der „Köln. Volks-Ztg.“ im Hinblick auf die bekannte Boetticher'sche Erklärung:

„... Alsdann versuchte der Minister den Nachweis, daß auch bei diesem Entwurf das Reichsversicherungsamt gehört worden sei. Die Erklärung des Ministers ist bedeutsam, denn danach ist nicht nur von einer Selbstständigmachung des Reichsversicherungsamtes keine Rede, sondern auch nicht von einer Beschränkung des Reichsamtes des Innern auf seinen eigenen Bereich, vielmehr behält sich das letztere vor, in alle Angelegenheiten des Reichsversicherungsamtes hineinzureden und hineinzuregieren. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß Herr Bödiker, obwohl er nur Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath ist, in seinem „untergeordneten“ Amte eine größere Anzahl von Räthen hat, als dem eigentlichen Reichsamt des Innern (ohne die Nebenämter) angehören, ich glaube sogar, mehr als dreimal so viel. Und nun soll jeder beliebige Commissar des kleineren Amtes im Auftrage des Herrn v. Boetticher in dem weit größeren Reichsversicherungsamte „sachlich einwirken“ dürfen! Daß das zu Collisionen geführt hat und noch fortdauernd führt, ist eine bedauernswerthe Thatsache, die man baldmöglichst aus der Welt schaffen sollte. Das Reichsversicherungsamt muß ein selbständiges Reichsamt werden, entsprechend der großen Bedeutung desselben. Wie aus der Erklärung des Staatssecretärs zu entnehmen ist, hatte Herr Bödiker bereits einen Anlauf genommen, seinem Amte eine selbständigere Stellung zu verschaffen, aber Herr v. Boetticher ließ durch eine Ordre des Reichskanzlers vom 4. März 1893 dieses Emancipationsgelüst unterdrücken. Merkwürdigerweise hört man jetzt zum ersten Male von dieser Ordre!“

Merkwürdig ist auch, daß, während die Chefs des Reichsgesundheitsamtes und des Patentamtes im Reichstage als Commissarien erscheinen, Präsident Bödiker zur Vertretung seines Amtes im Reichstage nicht zugelassen wird.

— Noch ein Nachspiel zum Proceß Leckert-Lützow. Dem „Hamb. Corr.“ zufolge verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß auch gegen den früheren Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff etwas im Werke sei, dessen Fernbleiben vom Kapitel des Schwarzen Adlerordens schon sehr bemerkt worden war.

— Gegen die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz hat die Knappschafts-Berufsgenossenschaft dem Reichstage eine Denkschrift überreicht, in der sie gegen die Annahme vieler Bestimmungen der Novelle Einspruch erhebt. Die Denkschrift wendet sich u. A. gegen alle die Neuerungen, welche eine erhebliche Mehrbelastung der Industrie zur Folge haben sollen, so namentlich gegen die bedingungslose Ausdehnung der Versicherung auf häusliche und andere Dienste und die Uebertragung des Rentenanspruchs auf den Wittwer und elternlose Enkel, worin eine unberechtigte Entlastung der Gemeinden auf Kosten der Industrie erblickt wird. Als unannehmbar bezeichnet man die Aenderungen, daß die Berufsgenossenschaften die Renten im Falle der Erwerbsunfähigkeit schon vor Ablauf der 13. Woche nach dem Unfall bis zur Höhe des Krankengeldes und auch die Differenz zwischen Krankengeld und Unfallrente für den Verletzten von der 5. bis zur 13. Woche übernehmen sollen, während bisher die Krankenkassen resp. die Betriebsunternehmer diese Lasten zu tragen hatten. Auch gegen die Einschränkung der Competenz des Reichs-Versicherungsamtes wird in der Denkschrift Einspruch erhoben, ferner dagegen, daß etwa die Hälfte aller Schiedsgerichtsurtheile fortan nicht mehr recursfähig sein soll. Diese Einschränkung wird als eine der bedenklichsten Neuerungen des Entwurfs hingestellt, welche von den nachtheiligsten Folgen für die Handhabung des Unfall-Versicherungsgesetzes sein würde.

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Ruederer.

24] Nachdruck verboten.

Gattl betrachtete sie mit innerer Freude. Sie war zwar heute ernster wie sonst und hörte nur zerstreut dem Lehrer zu, der ihr einige Gedichte von Chamisso aus einem abgegriffenen Pergamentbändchen vorlas, aber ihre ganze Gestalt sprühte von Elasticität und Leben, als sie Arm in Arm mit ihm höher hinaufging und an den schaurigen Wänden entlang in den gewaltigen Schlund wanderte. Jetzt standen sie auf der schwindligen Holzbrücke, die den finsteren Rachen zwischen zusammengekeilten, grotesken Felsenmauern in gewaltiger Höhe überspannte. Tief unten wälzte sich zischend der schaumbedeckte Sturzbach dahin. Weit herab kam er von dem zerrissenen Gletscher, der auf einem mächtigen Hochplateau gelagert war und durch die gähnenden Spalten der mit schwachem Grün überwachsenen Wände weißgrau in die tiefe Schlucht hereinschimmerte. Finsteres Gewölk ruhte regungslos über den zerklüfteten Eismassen.

Lange blickten die Beiden von dem schwachen Gebälk auf die stürmenden Wassermengen hinab und harrten in schweigender Befangenheit vor der erdrückenden Größe dieser düstern Scenerie des Todes und der Abgeschiedenheit.

„Das is scho großartig“, sagte Gattl endlich leise. Das gewaltige Bild der tiefeinsamen Hochnatur regte ihn auf, Anna rückte an dem morschen Geländer näher zu ihm.

„Ja, ja“, fuhr der Lehrer fort und holte Athem, „unser Herrgott hat die Welt wunderbar g'schaffen. Sie wär' scho schön, wenn die Menschen net die Höll' draus machen wollten.“

Was er in letzter Zeit erlebt hatte, trat deutlich wieder vor seine Seele.

„Ist's am End net so?“ fragte er, als Anna noch immer schwieg. „Red' doch!“ fuhr er heftiger heraus und neigte sich an den Geländenbalken.

Sie sah schüchtern zu ihm auf:

„San wirklich alle Menschen so schlecht, Franz?“

Gattl lachte:

„Du freilich net, der Vater auch net, aber schau die andern an, die Du kennst, schau das ganze Dorf an, 'n hochwürdigen Herrn und — —“

„Geh, Franz, fangen wir doch heut net davon an“, bat sie flehentlich.

„Warum denn net?“

Sie erröthete vor seinen Blicken.

„Aha!“ rief er, „jetzt versteh' i schon. Du warst ja erst kürzli wieder in der Beicht! Hat er Dir wieder allerhand g'sagt, der — —“

„Franz, jetzt hörst auf.“ Sie sprach sehr entschieden.

„Sei nur gut! Du mußt mir's net krumm nehmen, wenn i den Menschen, der uns scho so viel zug'fügt hat —“

„Von ihm is jetzt gar kei Red', also hör'n wir auf, Franz, i bitt Dich drum!“

Er behielt für sich, was ihm ein Gefühl von Neid und Aerger auf die Lippen gelegt hatte. Annas religiösen Sinn kannte er wohl. Er schonte ihn ebenso ängstlich wie ihr Vater und wäre der letzte gewesen, dem Mädchen gegen die Erfüllung ihrer kirchlichen Pflichten ein Wort zu sagen. Auch das ertrug er noch, daß sie immer den Diener des Heilands von dem Vorgesetzten des Lehrers zu trennen versuchte. Bei dem riesen Glauben, von dem sie durchdrungen war, verstand sich das eigentlich von selbst. Daß sie aber demselben Menschen im Beichtstuhle ihr inneres Gewissen erschließen mußte, das war ihm bei aller Festigkeit ihrer reinen Seele doch ein peinigender Gedanke, der ihn oft tief verstimmte.

Kam sie doch an solchen Tagen jedesmal so niedergeschlagen von der Kirche nach Hause und redete kein Wort. Tage dauerte es oft, bis sie sich wieder aufraffte und mit ausgebreiteten Armen auf den Vater zuging, den sie küßte, als wollte sie ihn ersticken! Auch gegen Gattl war sie dann ängstlicher und zurückhaltender. Klagte er aber über eine neue Unbill und lief rasend und tobend durch das Zimmer, so umschloß sie ihn mit der alten Herzlichkeit, weinte bitterlich über seinen Kummer und suchte ihn zu trösten so gut es ging.

Wenn sie nur erst sein Weib wäre! Tausendmal hatte der Lehrer den Augenblick herbeigewünscht, da er sie wegführen konnte von dem Orte, wo ihm, er fühlte es instinktiv, die gleiche Macht, die über ihn selbst schrankenlos gebieten konnte, auch in dem Wesen feindlich gegenübertrat, das ihm das Theuerste war.

Jetzt auf der einsamen Schluchtbrücke, bohrte sich diese nagende Ungewißheit wieder in sein Hirn und ließ ihn nicht mehr los. Was hatte er denn gesagt, daß ihn Anna gleich unterbrechen müßte? Vor einigen Tagen hätte sie keine Silbe erwidert und ihm stillschweigend recht gegeben. Heute aber stand sie natürlich wieder im Banne des Geistlichen, und was galt da der Verlobte? Der Gedanke quälte ihn immer mehr.

„Anna“, sagte er plötzlich und lehnte sich fester auf ihren vollen Arm. „Anna!“ er deutete mit sonderbarem Blicke in die Tiefe hinab. „Wenn ich jetzt zu Dir sagen thät, Du sollst mit mir da hinunterspringen?“

„Aber Franz! Was red'st Du denn?“ Ihre sanften Augen, die oft einen müden Ausdruck hatten, waren aufgeblitzt.

„Ich frag' Dich ja nur? Heut ist's ja Gottlob net nothwendig, aber ich will annehmen, wir hätten auf der Welt nichts mehr zu suchen. Alles wär' für uns verloren und die Verzweiflung trieb uns von den Menschen weg, thät'st Du's dann auch net?“

(Fortsetzung folgt.)

Die letzteren Einwendungen, die die Competenz des Reichsversicherungsamtes betreffen, zeigen, daß der Versuch einer Herabdrückung desselben nicht einmal auf die Zustimmung der Unternehmer rechnen kann. Das Motiv dafür kann also wohl nur in der Absicht gesucht werden, überhaupt dem Reichsversicherungsamt einen Theil seiner Bedeutung zu nehmen. Im Uebrigen giebt die Denkschrift nur auf's Neue den Beweis, daß die Unternehmer sich gegen die dringendsten Verbesserungen wahren, wenn auch nur minimale Mehraufwendungen dadurch bedingt werden.

— Eine schreckliche Strafe hat die „Kreuzzeitung" für die Socialdemokraten erdacht, veranlaßt durch die bekannte Protesterklärung der Berliner Socialdemokraten, betr. die Hundertjahrfeier für Wilhelm I. Sie schreibt:

„Man thäte gut, die socialdemokratische Erklärung ohne Commentar in allen Blättern — vornehmlich in den Kreisblättern — zu veröffentlichen, damit jeder Mann aus dem Volke sich selbst sein Urtheil bilden könnte; die geballten Fäuste und die zornsprühenden Blicke unserer Bauern und Handwerker, welche einst ihrem Heldenkaiser zugejubelt haben, würden Antwort geben."

Da würde sich das edle Blatt aber schneiden! Es könnte uns nur erwünscht sein, wenn die Erklärung durch die Kreisblätter dem Publikum zur Kenntniß käme. Gar Mancher würde sich sagen: „Endlich einmal ist ein Theil von Dem ausgesprochen worden, was das Volk denkt!"

— Zum Proceß Tausch schreibt die „Köln. Ztg.": „Noch ist der erste Act kaum vorüber; was die spätere Zeit bringen wird, ist nicht vorauszusehen; die Zahl derjenigen, denen solche Aufdeckung zuwider und unheimlich ist, scheint freilich nicht gering zu sein, und es machen sich mannigfache Anzeichen des Wunsches geltend, die weitere Aufklärung zu vertuschen." — Das glauben wir.

— Zwischen den Wadelstrümpfen um Rickert und Eugen Richter tobt wieder eine kleine, aber giftige Fehde. Die „Freisinnige Zeitung" behauptet, daß die Freisinnige Vereinigung der Richterschen Volkspartei in's Gehege falle, ihre Wahlkreise abspannen wolle und unter dem Vorwande, die Einigkeit der Liberalen beider Richtungen zu fördern, Unfrieden stifte. Der Abgeordnete Pachnike, der im „Berliner Tageblatt" sein Wesen treibt, wird von Richter als der Organisator dieser Bewegung bezeichnet. Daß der tapfere Prinz Eugen, der Wortführer des Manchesterthums, so zünftlerisch denkt, wenn ihm in's Handwerk gepfuscht wird! —

— Unsere „theuren" Colonien sollen „im Allgemeinen" Fortschritte gemacht haben; wenigstens sagt das eine officielle Denkschrift an den Reichstag, welche die Verhältnisse im Jahre 1895/96 bespricht. Allerdings entpuppen sich diese Fortschritte bei näherem Zusehen als Hoffnungen, nicht als Thatsachen. Von letzteren sind nur folgende zu verzeichnen:

In Togo ist zu den Stationen Misahöhe und Kete-Kratschi noch Sansane-Mangu im Hinterland von Togo hinzugekommen, Handel und Plantagenbau haben zugenommen. — Kamerun zeichnete sich durch schlechte Gesundheitsverhältnisse wenig vortheilhaft aus; 7 Gouvernementsangestellte erlagen dem Schwarzwasserfieber, 14 andere mußten aus Gesundheitsrücksichten beurlaubt werden. Als erfreulich wird hervorgehoben ein Aufschwung des Plantagenbaus und die Erschließung des Kamerun-Gebirges. — In Deutsch-Ostafrika ist die Hungersnoth überwunden. Betreffs des Plantagenbaus wird mitgetheilt, daß die Tabakkultur bisher nicht rentirt hat und die erzielten Preise nicht die Betriebskosten decken. Man hofft für später allerdings auf bessere Preise, hat aber doch sich lieber mehr zur Kaffeekultur gewandt. Die neuen Verordnungen, betr. die Gerichtsbarkeit über Eingeborene, sind bekannt; sie sollen der Wiederholung [illegible] Grausamkeiten vorbeugen. Nach wie vor besteht noch eine Haussklaverei, die aber als sehr milde bezeichnet wird (vielleicht so milde, wie Dr. Peters sie auffaßte, der die ungetreue schwarze Geliebte kurzerhand hängen ließ).

— Pfarrer Naumann soll von den National-Socialen im Reichstagswahlkreise Jena-Neustadt bei den nächsten Wahlen aufgestellt werden. 1893 fiel der Kreis an die Nationalliberalen nach einer Stichwahl mit der Socialdemokratie.

— Im Meininger Landtage ist eine Interpellation eingegangen, warum die Regierung das [illegible] erlassene Verbot der socialdemokratischen Maifeier im vorigen Jahre wieder aufgehoben habe. Die reactionäre Landtagsgruppe, Centrum und Nationalliberale, ist wieder einmal [illegible] als der Czar und [illegible], wenn die Behörden mit gleichem Maße messen.

Oesterreich-Ungarn.

Aus dem neuen Wahlaufrufe der socialdemokratischen Partei wollen wir die folgenden Sätze hervorheben:

Wir haben gegen uns eine Regierung, die uns [illegible] und [illegible] kann [illegible] und die Alles kann [illegible] von der Gesetzgebung die Socialdemokraten fernzuhalten, von denen sie weiß, daß sie [illegible]. Gegen uns steht das [illegible] der [illegible], die [illegible] gemeinsam gegen die Socialdemokratie vorgehen werden. [illegible] wird allmälig das wahre Gesicht. Die Firma der [illegible]: Grundadel, Geldsack und Pfaffen [illegible]. Der Wahlkampf wird ein Kampf der [illegible] gegen das [illegible] Volk [illegible]. Unsere Feinde haben der [illegible] das Wahlrecht [illegible], und [illegible] sie es [illegible] zu machen.

Aber die [illegible] Oesterreich ist erwacht, sie [illegible] die „liberale" Lüge, die „nationale" Phrase und die „christlich-sociale" Heuchelei, und sie wird am Tage der Wahl gegen [illegible] daß sie [illegible] ist.

Im Augenblick, wo der [illegible] des Feudalismus und der Freiheit sich zu einem [illegible] auf die [illegible] rüsten,

findet er beim Bürgerthum nur matten und feigen Widerstand. Durch kleinlichen nationalen Zwist geschwächt und zerrissen, geben die bürgerlichen Parteien die gemeinsamen Interessen aller Nationen preis. Die internationale Socialdemokratie aber weiß, daß der Kampf gegen das international verbundene Capital, gegen den gemeinsamen Feind aller Völker nur geführt werden kann in brüderlicher Solidarität der Unterdrückten aller Nationen, und daß die Selbstständigkeit und Entwickelung des eigenen Volkes durch nichts mehr bedroht ist als durch die Unterdrückung des Brudervolkes.

In geschlossenen Reihen wird das Proletariat aller Zungen darum in den Kampf treten um sein heiliges Recht, um die Befreiung vom Sclavenjoch des Capitalismus, um die Zukunft seiner Kinder.

Und nun ans Werk! Jede einzelne socialdemokratische Stimme bedeutet einen Protest gegen die elenden Zustände unseres Landes, in die die Habgier und die Feigheit der Besitzenden es gestürzt haben, sie bedeutet aber auch einen Schritt weiter auf dem Wege zur Befreiung! Wir wollen dem rothen Banner Ehre machen und dem Feldruf: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Es lebe die internationale Socialdemokratie!! —

Bulgarien.

Man wird sich noch des Briefes erinnern können, den in dem Processe gegen die Mörder Stambulows der nicht erschienene Hauptzeuge Nischkow aus Brüssel, wohin er sich seiner persönlichen Sicherheit wegen begeben hatte, an den Gerichtshof gerichtet hatte. In diesem Briefe hatte Nischkow die schwersten Anklagen gegen den früheren Minister Natschewitsch erhoben und erklärt, er sei bereit, gegen Zusicherung freien Geleites vor dem Gericht sein Zeugniß abzulegen. Aus Brüssel wird nunmehr gemeldet, daß Nischkow in Folge directer Empfehlung des bulgarischen Landwirthschaftsministeriums in die dortige Conservenfabrik Agniez aufgenommen worden sei. Der Inhaber der Firma zeigte dessen unzweideutiges Empfehlungsschreiben, das in französischer Sprache verfaßt ist, mit dem Bemerken vor: „Ich verstehe nicht, weshalb Fürst Ferdinand, welcher mein Kunde ist, mir den Nischkow als der englischen und der französischen Sprache mächtig empfehlen läßt, obwohl derselbe doch keine Silbe dieser Sprachen versteht." Das Schreiben, das die bulgarisch-officiöse Agence Balcanique (Balkanagentur) abzuleugnen sucht, ist vom 4. Januar datirt und vom Generalsecretär Eichtew und vom Sectionschef Arbalnaßow unterzeichnet. Man sucht also offenbar dem Zeugen Nischkow den Mund zu stopfen. Die bulgarische Regierung hat ein schlechtes Gewissen.

Italien.

Rom, 28. Januar. In autorisirten Kreisen verlautet, die italienische Regierung habe beschlossen, die Colonie Erithräa mit Ausschluß Massaua's aufzugeben.

Wie wir dem „Avanti" entnehmen, ist die nach der Auflösung sofort wieder neuconstituirte römische Arbeitskammer wiederum der Auflösung verfallen.

Die Rudini'sche Politik wandelt die Bahnen Crispi's. Carabinieri und Polizisten drangen in das Bureau ein und überbrachten das Auflösungsdecret.

Deutscher Reichstag.

15[illegible]. Sitzung vom 28. Januar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Postetats.

Beim Ausgabetitel „Gehalt des Staatssecretärs" berichtet Referent

Abg. Dr. Paasche (natl.) über die Verhandlungen in der Commission und führt aus, daß die Entwickelung des Postwesens im verflossenen Jahre wiederum eine befriedigende gewesen sei. So ist die Zahl der Postanstalten von 12,[illegible] auf 12,671, die der [illegible] von 12,[illegible] auf 1[illegible], die der Telegraphenanstalten von 1[illegible] auf 1[illegible], die der beförderten Packete von 11[illegible] Millionen auf 1[illegible] Millionen gestiegen. In der Commission wurde wieder der Antrag gestellt, das Gewicht der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Die Reichspostverwaltung [illegible], daß es sich hier um eine rein finanzielle Maßregel handele und daß der Ausfall mindestens 4 Millionen betragen würde. [illegible] das Reichsschatzamt hätte [illegible]. Dann hat die Commission eine Resolution angenommen, den Packetverkehr an Sonntagen auf den Eilverkehr zu beschränken.

Abg. Dr. Müller-Sagan (frs. Volksp.): Es ist anzuerkennen, daß der Staatssecretär [illegible] unserem Wunsche, die Grenze für das Gewicht der einfachen Briefe zu erhöhen, nicht [illegible]. [illegible] auf den Ausfall von 4 Millionen [illegible], durch einen reformirten [illegible] die Einnahmen zu erhöhen? Die Forderung nach [illegible] 25jähriges Jubiläum [illegible]. [illegible]

Abg. Hug (Centr.) [illegible] für eine Ermäßigung der Telephongebühren ein und [illegible] aus, daß [illegible] bei der Anlegung von Telephonlinen [illegible].

Staatssecretär Dr. von Stephan: [illegible]. Andere Staaten erheben [illegible] Gebühren, [illegible] 900 Mark,

Frankreich und England 4—600 Mark, und dabei ist noch von kein
Parlamente der Welt eine Ermäßigung verlangt. Wie kommen
denn in Deutschland immer dazu? (Unruhe links.) Wenn
dem Volke die Frage vorlegen, ob es die 6½ Millionen Mark,
ihre Forderungen kosten würden, durch neue Steuern aufbrin
wollte, dann würde kein Mensch mehr auf dieser Forderung
stehen. Redner giebt sodann eine im einzelnen auf der Trib
unverständlich bleibende statistische Uebersicht über die Zahl
Gespräche und die gezahlten Gebühren und folgert daraus, daß
Deutschland das einzelne Gespräch nur $3^{3}/_{10}$ Pfennige, dagegen
der „berühmten" Schweiz 3½ Pfennig koste. Der Abg. Sin
sagte neulich: Der Staatssecretär möchte wohl gerne diese F
derungen erfüllen, hat aber nicht mehr den Muth wie früher!
Herr Abg. Singer, was wollen Sie denn mit dem Muth mach
Und wenn Sie den Muth hätten wie der Löwe von Juda, der
erhebt in der Wüste, so würden Sie damit hier doch nichts mac
können. (Große Heiterkeit.)

Abg. Gamp (Reichsp.): Ich muß mich gegen die Herabsetz
der Gewichtsgrenze für einfache Briefe und der Telephongebüh
erklären, da wir uns hierdurch ein Opfer von 10 Millionen a
bürden, die durch Anleihen gedeckt werden müßten. Die Z
derer, die ein Interesse an der Ermäßigung der Telephongebüh
haben, ist doch sehr gering. Der College Müller hätte uns
Beweise dafür, daß die kleinen Leute an der Heraufsetzung
Gewichtsgrenze des einfachen Briefes interessirt sind, Briefe
Arbeitern und von anderen kleinen Leuten vorlegen müssen.

Abg. Singer (Soc.): Wenn der gute Wille vorhan
wäre, so würde der Staatssecretär die gewünschten Reformen
wohl durchführen können. Der Ausfall wäre auch nicht so erh
lich, wie der Staatssecretär angiebt. Der Staatssecretär w
einfach alle Forderungen zurück, die die Einnahmen einzuschrän
geeignet sind. Durch alle Ausführungen des Staatssecretärs g
wie ein rother Faden die Auffassung, daß die Post lediglich
Institut für fiskalische Plusmacherei sei. E
Herabsetzung der Gebühren für den Fernsprecher würde eine Stei
rung der Benutzung und Vermehrung der Abonnements zur Fo
haben, und wir sind der Meinung, daß eine wesentliche Einb
an Einnahmen nicht eintreten wird. Auch die Ausführung
Staatssecretärs über die Nothwendigkeit der Deckung der durch
Neuanlagen entstehenden Kosten ist unrichtig; er berücksichtigt n
ihre Tilgung. Die Erhöhung des Gewichtsport
muß ebenfalls endlich erfolgen. Die großen Geschäfte können
einrichten; sie nehmen dünnes Papier, leichte Umschläge. D
Schaden haben die kleinen Kreise, die Gewerbtreibenden, Arbe
u. s. w., die sich die technischen Fortschritte nicht so zu Nutze mac
können. Der Resolution bezüglich der Einschränkung der Pac
bestellung werden wir natürlich zustimmen. Mit der Sonnta
ruhe der Postbeamten ist es nicht so gut bestellt, wie es von
Vertretern der Reichspostverwaltung dargestellt wird. Nament
gilt dies von den Unterbeamten. An Vorschriften der oberen
hörden in dieser Hinsicht wird es ja nicht fehlen, aber sie wer
von den Unterbehörden nicht durchgeführt. Ein Artikel in
„Grenzboten" trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er sagt: Aug
blicklich gebe es in der Postverwaltung nur eine Scheinson
tagsruhe, und das einzige Heilmittel sei eine wesentliche Her
setzung der Arbeitszeit der Beamten und Unterbeamten für
Sonntag und Vermehrung des Personals. Die Bestrebungen
Gewährung der Sonntagsruhe können so lange nicht ernsthaft
meint sein, als nicht Hand in Hand mit den Bestimmungen ü
die Sonntagsruhe eine Vermehrung des Personals g
In derselben Richtung liegt die Urlaubsfrage. Besond
für die Unterbeamten ist weitere Einführung des Urlaubs dring
nothwendig. Die Absicht der Reichspostverwaltung mag die b
sein; aber wie ich aus verschiedenen Orten höre, ist die bezügl
Verordnung thatsächlich nicht in Kraft getreten. In einer V
fügung des Postvorstehers in Elbing heißt es, daß die Un
beamten einen siebentägigen Urlaub erhalten können, wenn sie
Stellvertretung nachweisen oder die Kosten der Stellvertretung
übernehmen bereit sind. Weiter ist es auf das Entschiedenste
verwerfen, wenn den Postbeamten auch Vorschriften über
politische Gesinnung gemacht werden. Den bekannten
laß des preußischen Staatsministeriums hat man auch den P
amtsvorstehern mitgetheilt mit der ausdrücklichen Anweisung,
ihnen nachgeordneten Beamten auf das Unzulässige der Theilnah
an Versammlungen und Bittschriften aufmerksam zu machen,
auf die parlamentarischen Körperschaften zur Ablehnung o
Aenderung von Regierungsvorlagen einwirken sollen. Die Stellu
der Postverwaltung zum Postassistentenverbande
dieser Beziehung ist ja hinlänglich bekannt, so daß ich mich läng
Ausführungen darüber enthalten kann. Wie weit man in d
Bestreben geht, die Postbeamten in Zaum und Zügel zu hal
beweist der Fall in Karlsruhe, wo den Beamten die Beantworte
einer Anfrage, wie sie sich zu dem erhöhten Dienst am Geburtst
des Landesherrn stellten, untersagt wurde, weil die Beantwortu
eine gemeine Gesinnung bekunde. Die Postverwaltu
[illegible] immer von dem erziehlichen Einfluß, den sie auf
Beamten ausübe. Diese Verwaltung hat eine verzweifelte Aehnl
keit mit dem Stumm'schen Regiment. (Sehr wahr!) Der Red
verliest einen Erlaß des Oberpostdirectors in Karlsruhe, Geh. O
postrath Heß, aus Veranlassung eines an einer Reihe von Beam
von anonymer Seite versandten Schreibens, in dem um Auskn
ersucht wird, wie die Verfügung ausgeführt sei, daß am Gebur
tag des Großherzogs Sonntagsdienst sein soll. In dieser V
fügung vom 12. September vorigen Jahres wird den Beamten
Pflicht gemacht, die Beantwortung jenes Schreibens zu unterla
da sie sich sonst einer Verletzung des Dienstgeheimnisses sch
machen: das Schreiben stamme aus dem Kreise, der zur Un
mäßigkeit und Verhöhnung der Vorgesetzten aufreize und
pflichttreuen Beamten verfolge und verdächtige. (Lachen bei
Socialdemokraten.) Wenn es möglich wäre, daß eine Ober
Direction eine solche Verfügung erläßt und die nachgeordne
Beamten mit derartigen Ausdrücken belege, dann ist es hohe Z
daß die Reichspostverwaltung einmal einen Cursus über
Umgang mit Menschen für die allerhöchsten Postbeamten einric
damit sie nicht derartige Verfügungen erlassen, die Ausdrücke
halten, wie sie unter anständigen Menschen unmöglich und un
vernünftigen Menschen überhaupt undenkbar sind. Durch so
Ausdrücke werden Sie die Postbeamten nicht anhänglicher mach
ebenso wenig aber auch durch die Art, wie von den Post
waltungen gegen Beleidigungen ihrer Beamten eingeschritten w
namentlich, wenn es sich um höhergestellte Beleidiger handelt.
den Fall Balfford will ich nicht näher eingehen, wohl a
auf eine andere Sache. Kürzlich ist in Berlin ein Herr v. Auer
wald gerichtlich verurtheilt worden, weil er eine Telephonistin
mit dem Kosenamen „Sie dummes Schwein!" angeredet
Ich habe keine Veranlassung, mich mit dem Herrn über den
schmack zu unterhalten, der darin besteht einer wehrlosen D
gegenüber sich in rüpelhaften Schimpfereien zu ergehen. Die S
ist so weit durch das Gericht gesühnt worden. Aber merkwürdig
weise ist bei dieser Gerichtsverhandlung zur Sprache gekomm
daß die Postverwaltung für den Herrn Rittmeister v. Auersw
einen besonderen Dienst eingerichtet hat, indem sie angeordnet
daß, wenn mehrere Klappen zugleich fallen, zunächst Herr v. Aue
wald bedient werden soll. Es kam auch weiter zur Sprache,
der Generalsecretär des [illegible] Unions-Clubs und a
andere Mitglieder des Clubs, z. B. der Herzog von Ratibor,
wiederholt beim Kaiser über schlechte Bedienung beim Fernsp
amt sich bitter beschwert hätten, und daß deshalb der Vorsteher
Fernsprechamtes angeordnet hätte, die Nummern sämmtlicher C
mitglieder auf den Klappen besonders hervorzuheben, damit
Fallen mehrerer Klappen zuerst die Clubmitglieder bedient wür
Ich meine denn doch, daß die öffentlichen Einrichtungen, die un
der Verwaltung und Controle der Reichsbehörden stehen, diese
vorzugung nicht aufzuweisen haben. Wir müssen verlangen,
die Fernsprecheinrichtungen für Jedermann gleich zugängig
Ich bin begierig, wie der Staatssecretär sich zu diesen Dingen

zu dieser Verfügung auslassen wird. Ich will aber nicht verschweigen, daß ähnliche Einrichtungen aus dem Bereiche des Briefverkehrs gemeldet werden. So wird behauptet, daß für eine Firma, die sich wiederholt beschwert hat, ein besonderes Bestellbuch eingerichtet ist, um dadurch die pünktliche Bestellung der Briefe prüfen zu können. Dies ist ein Beweis dafür, daß die Postverwaltung von äußeren Einflüssen sich nicht in wünschenswerther Weise freihält. Die Chefs der Postverwaltung haben eine Virtuosität, die Verhältnisse in ihrer Verwaltung in das glänzendste Licht zu stellen; aber alle ihre Reden können über die thatsächlichen Verhältnisse nicht hinwegtäuschen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Unterstaatssecretär Fischer: Die Verfügung des Reichspostamts bezüglich der Sonntagsruhe wird genau befolgt. Wiederholt sind im Laufe der letzten Jahre grundsätzliche Einschränkungen der Arbeitszeit erfolgt. Von einer finanziellen Plusmacherei kann bei uns keine Rede sein, wir fordern jetzt 5000 neue etatsmäßige Stellen. Ich betrachte daher derartige Anzapfungen ein für alle mal für erledigt. Von einem Zwiespalt zwischen den behördlichen Bestimmungen und dem Brauch auf einzelnen Postämtern ist mir nichts bekannt. Mit der angeblichen finanziellen Plusmacherei verträgt es sich auch nicht, daß die Leistungen der Landbriefträger jetzt auf 21 Kilometer pro Tag herabgesetzt sind. Wenn der Erholungsurlaub bei einem Postamt von einer genügenden Vertretung abhängig gemacht ist, so beweist das nichts gegenüber der Thatsache, daß durch die Initiative der Reichspostverwaltung seit drei Jahren die Zahl der Erholungsurlaube sich ständig vermehrt hat. 1896 haben in Berlin 89 Procent des festangestellten Unterpersonals davon Gebrauch gemacht. Mit der Frage des Postassistenten-Verbandes hat sich das Haus erst im vorigen Jahre beschäftigt, es liegt also keine Veranlassung vor, nochmals darauf einzugehen. Wir können unsere Beamten doch nicht betrachten als im modernen Arbeiterverhältniß stehend (Sehr richtig! rechts). Trotzdem haben wir niemals einem Beamten verboten, dem Verein beizutreten (Widerspruch bei den Socialdemokraten), wir müssen aber Aufrechterhaltung der Disciplin und Ordnung verlangen und können deshalb diesem Verein nicht nach der Parole des laissez faire, laissez aller gegenüberstehen. Die Ausdrücke des vom Vorredner verlesenen Circulars eigne ich mir nicht an, ich begreife aber, daß einem Bezirkschef einmal die Galle überlaufen kann und daß er dann Worte gebraucht, die er später bereut. (Sehr richtig! rechts.) Auch aus der Gerichtsverhandlung über den Fall Auerswald hat Herr Singer falsche Schlüsse gezogen. Es ist nur festgestellt, daß Herr v. Auerswald ein ungewöhnlich nervöser Mann ist, und solche Leute sollten sich vom Gebrauch des Fernsprechers doppelt und dreifach fernhalten. Diesem Herrn gegenüber haben sich die Beamten besonders in Acht genommen, damit Conflicte vermieden werden. Unterschiede zwischen hoch und niedrig gestellten Personen bei der Benutzung des Fernsprechers kennt die Postverwaltung nach den bestehenden Vorschriften nicht.

Abg. Dr. Lingens (Centr.) tritt für eine ausreichende Sonntagsruhe der Postbeamten ein.

Abg. Werner (Antis.) beschwert sich darüber, daß Postassistenten wegen kleiner Vergehen gemaßregelt wurden, und führt einen Fall aus Berlin an, wo der Vertrauensarzt der Post einem Beamten, obwohl er krank war, ein Attest nicht ausstellen wollte, weil der Vorsteher des Postamtes es nicht wünschte. Die Bezahlung der Postunterbeamten sei viel zu gering, hier müsse der Anfang mit der Aufbesserung gemacht werden. Ein Posthilfsbote in Aachen, der acht Kinder hatte, erhielt nur ein Monatsgehalt von 64 Mark, und wurde wegen Unterschlagung von ganzen 10 Mark vor das Schwurgericht gestellt. Da legten aber die Geschworenen selbst zusammen, um diesen Mann zu unterstützen. Einen Postunterbeamten, der um eine Gehaltszulage gebeten hatte, traf sein Chef, der Vorsteher des Postamts 8 in Berlin war, dabei, wie er zum Frühstück einen Brathering und zwei Brötchen zum Preise von 20 Pf. verzehrte. Da sagte der Vorsteher: „Ja, wenn Sie so leben, können Sie mit Ihrem Gehalt nicht auskommen. (Große Heiterkeit.)

Unterstaatssecretär Dr. Fischer: Auf die einzelnen Fälle kann ich natürlich jetzt nicht eingehen, ehe ich mich informirt habe, doch muß ich aufs Entschiedenste dagegen protestiren, daß hier auf Grund einzelner Fälle abwesende Beamte so angegriffen werden. Wo begründete Beschwerden vorliegen, wird die Reichspost-Verwaltung gerne für Abhilfe sorgen.

Abg. Dr. Hammacher (natl.): Es entspricht nicht der Würde des Reichstages, Abwesende anzugreifen. Dagegen muß die Art, wie der Staatssecretär den Bundesrath vertrat, die ernstesten Bedenken erregen. Das war heute nicht der alte Stephan, das war nicht der deutsche Roland Hill. (Sehr wahr! links.) Eine Herabsetzung der Telephongebühren würde nicht einen Ausfall, sondern eine Vermehrung der Einnahmen hervorbringen. Aus einer Denkschrift, die dem Reichstage zugegangen ist, geht hervor, daß bei der ersten Herabsetzung der Gebühren die Zahl der Gespräche von 17 Millionen auf 39 Millionen gestiegen ist. (Hört, hört! links.) Man muß auch die privatwirthschaftliche Bedeutung des Telephons berücksichtigen und auch hier Leistung und Gegenleistung in Einklang bringen. Es würde geradezu eine Zurückdrängung eines Culturfortschrittes sein, wenn wir bei dem jetzigen Zustande bezüglich des Briefportos blieben. Die Heraufsetzung der Gewichtsgrenze ist schon deshalb nothwendig, weil die Papierfabrikation heute viel besseres und schwereres Papier anfertigt als früher, wo sich der Briefschreiber mit dem bekannten dünnen Papier „Naglers Postverdruß" behalf. Oesterreich ist bereits mit der Heraufsetzung der Gewichtsgrenze des einfachen Briefes vorangegangen. Der Staatssecretär muß doch ein Gefühl des Neides und des Bedauerns darüber empfinden, daß er in dieser so wichtigen Sache Oesterreich den Vortritt läßt. (Sehr wahr! links.) Jetzt ergeben sich unerträgliche Zustände, weil Briefe aus Oesterreich, die dort genügend frankirt sind, hier mit Strafporto belegt werden. Eine Abhilfe ist also dringend nothwendig. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssecretär Dr. v. Stephan: Wir haben hier gar nichts mit dem Generalpostmeister zu thun, sondern ich bin nur als Vertreter der verbündeten Regierungen hier und habe nach deren Intentionen zu handeln, muß also dagegen Protest erheben, daß man meine frühere und gegenwärtige Haltung mit einander in Widerspruch zu setzen sucht. Als Generalpostmeister habe ich mich nur um die innere Verwaltung zu kümmern. Die Herren vergessen auch ganz, wie die Verhältnisse im Jahre 1885 waren, als wir das Telephon einführten. Wenn eine weitere Herabsetzung der Gebühren auch eine Verkehrssteigerung zur Folge hat, so würden sich doch auch ganz bedeutende Mehrausgaben ergeben. So lange Sie für den Ausfall von 10 Millionen, den Ihre Wünsche ergeben würden, kein Deckungsmittel nachweisen, muß ich mich gegen diese Forderungen erklären.

Hierauf wird die weitere Berathung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Vom Hafenarbeiter-Ausstand.

Aus Hamburg wird mitgetheilt: Eine Antwort des Arbeitgeber-Verbandes auf das letzte Schreiben der Streikenden ist bis heute noch nicht erfolgt, obwohl man allgemein behauptet, daß ein Beschluß darüber schon am Montag dieser Woche gefaßt sei. Es verlautet, daß die Rheder u. s. w. die alten Arbeiter bedingungslos wieder annehmen wollen, daß dieselben sich jedoch über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Stauern und Ewerführerbossen direct verständigen sollen. Verschiedene Stauer suchen auch in der That privatim mit ihren alten Arbeitern zu unterhandeln. Auch die große Rhederfirma R. Slomann hat die streikenden Seeleute zu sich eingeladen. Es scheint also wirklich, als wolle man auf diese Weise dem Ausstande ein Ende machen. Unterstützt wird diese Vermuthung durch folgende Bekanntmachung, die an den Hotelschiffen, wo die Streikbrecher logiren, angeschlagen worden ist: „Es wird hiermit bekannt gemacht, daß diejenigen Leute, die in fester Arbeit bei uns zu bleiben gedenken, im Laufe dieser Woche ein festes Logis am Lande zu nehmen haben. Nähere Auskunft ertheilt der Vertreter der vereinigten Stauer in den Passagierhallen." Die Folge davon war, daß Abends diese „Arbeitswilligen" truppweise die Stadt durchzogen, um sich ein Logis zu suchen. In den allermeisten Fällen dürften sie jedoch vergeblich suchen, denn die Kreise der Bevölkerung, die passende Logis vermiethen, sympathisiren nicht nur mit den Streikenden, sondern stehen entschieden auf deren Seite und haben das auch schon in zahlreichen Fällen dadurch bewiesen, daß sie „Arbeitswilligen" die Aufnahme verweigerten.

Eine Anzahl „arbeitswilliger" Schauerleute und Schiffer legten die Arbeiter wieder nieder und reisten in ihre Heimath.

Die Stellungnahme der Behörden erfuhr in der gestern Abend abgehaltenen Gewerkschaftscartellsitzung eine sehr abfällige Beurtheilung. Der Vorsitzende des Cartells veröffentlichte eine Statistik über die Thätigkeit der Polizei und des Gerichts, die schon jetzt als äußerst interessant bezeichnet werden darf.

Danach wurden wegen Haussammelns 216 Strafmandate verhängt, die mit 1197 Hafttagen oder 3546 Mark geahndet waren. Auf Hamburg entfielen 474 Hafttage oder 1419 Mark, auf Altona 623 Hafttage oder 1873 Mark. 150 Strafbefehle schweben noch. Gerichtsverfahren sind 130 eingeleitet, 40 davon schon erledigt. Die Bestrafungen, die auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung erfolgten, erreichten ein Höchstmaß von 1 Jahr 6 Monate Gefängniß. Nicht eingerechnet hierbei sind die zahlreichen Verhaftungen derjenigen Arbeiter, die sich im Hafengebiet aufhielten, und deren Entlassung aus der Haft mitunter erst nach einigen Stunden erfolgte.

Von einem Einschreiten auf Grund des § 153 gegen die Unternehmer hat bis jetzt noch nichts verlautet: wird wohl noch kommen!!!

Das „Wolff'sche Telegraphenbureau" verbreitet die Nachricht, daß den Streikenden in Folge Mangels an eingelaufenen Geldern 3 Mark pro Kopf in Abzug gebracht wurden. Die Nachricht ist insofern richtig, als bereits avisirtes Geld erst im Laufe des Vormittags eintraf. Heute Vormittag standen dem Streikbureau 35,000 Mark zur Verfügung. Die Streikenden lehnten aber den ihnen gemachten Vorschlag, nachträglich die 3 Mark in Empfang zu nehmen, einstimmig ab. Dabei mag erwähnt werden, daß solchen Familien, die durch den Streik in besonders drückende Lage gekommen sind, Extraunterstützung zu Theil wurde.

Gerichtliches.

Etwas von Fausten. (Berliner Humor vor Gericht.) „Sehen Sie hier meine Herrschaften dies kleene Fläschchen. Wat da drinnen is, det is eene Flüssigkeit, die von den großen Alchymisten Dr. Faust erfunden is, wo Joete so ville ieber jeschrieben hat. Eigentlich wollte er det Joldmachen erfinden, aber er kriegte det nich mehr fertig, indem er unter eenen heiligen Pech- un Schwefeljestank von Mephistopheles runter nach der Hölle jeholt wurde. Aber unter seinem Nachlasse hat mein Großvater, der Kalfakter bei ihm war, een kostbares Recept jefunden, wonach diese echte Joldtinktur fabricirt is. Haben Sie Sachen von Messing, Kupper oder och man janz jewöhnlichet Eisen und Sie wollen det von außen in Jold umwandeln, denn streichen Sie sie eenfach mit diese echte Tintur an und Sie haben det blankeste Jold. — Denn habe ick hier eene andere Flasche. Da is een Leim drinnen, der Alles kittet un zusammenhält, mag et heißen, wie et will, un mag et von Glas, Metall, Holz oder Papier sind, er soll schon jeschiedene Eheleute wieder zusammenjekittet haben. Un denn hier diese Putzseefe! Ick reibe zweemal mit diesen Lappen darieber, sehen Sie so — Junge, bleib mit die Finger von mein Waarenlager! — un denn fahre ick damit ieber dies olle Stück Blech hin und her, nachdem ick dadruf jespuckt habe, sehen Sie so, un nun sind Sie woll so gut, Sie junge Frau mit'n weißen Kopp, und kieken mal rin, een Kristallspiegel is'n Kind dajejen. Jeder Jejenstand kostet blos zehn Fennije, un wer alle drei nimmt, kriegt noch zwee scheene Biecher, die Memoriden von Casanova un die Beschreibung von „Levy Nathan, den jrößten Dampfer der Welt" zu. Un wer et wünscht, dem verrathe ick jratis een unfehlbaret Mittel jejen Bettnässen, doch von Doctor Fausten. Nu, hat keener Lust?"

Er hatte noch mehr Raritäten auf seinem von einer Stallaterne beleuchteten Wagen, mit dem er an einer Straßenecke hielt. Durch seine Rodomontaden hatte er schon ziemlich viel Publikum angelockt, aber die Kauflust war nur gering. Der Mann wurde zudringlicher. „Ihr seid entweder alle nicht recht bei Troschen, oder ihr besitzt keene Kenntnisse, denn det diese fünf werthvollen un nützlichen Jegenstände uf der Straße jefunden sind, det kann een Blinder mit'n Stock stehlen. Nu? Will eener sie für zwanzig Fennije, denn weg damit." Niemand meldet sich. Die „junge Frau mit dem weißen Kopp", wie sie von dem fahrenden Händler angeredet wurde, hat ihn inzwischen prüfend angesehen. „Sie sind derselbe Mann, der mir im Herbst in der Köpnickerstraße drei Stück Putzseefe anjeschmiert hat" erklärt sie. „Det Zeichs war jarnichts werth, ick habe det blos an meine Kichenlampe probirt un schwarz is sie jeworden, aber nich blank." „Denn hat det an Ihrer Spucke jelegen, aber nich an die Seefe", erwidert der Händler und hat die Lacher auf seiner Seite. Die Frau wird auch ärgerlich. „Alles, wat Sie haben, is Mumpitz", eifert sie. „Mir wundert blos, det sich die Polizei da nich rinlegt. Ihr Recept jejen Bettnässen besteht darin, det Sie die Leite sagen, sie sollen det Kind uf'n Sopha schlafen lassen. Ihre faulen Zicken kennen wir." — „Nu machen Sie aber, det Sie fortkommen, Sie stören nur hier in meinem Jeschäft!" „Wat? So'n Jammerlappen wie Sie, wollen mir hier von der Straße weisen! Zahlen Sie hier vielleicht Platzmiethe? Nennen Sie det een Jeschäft, wenn Sie arme Leite durch Ihre Kunststücke det Jeld aus der Tasche ziehen? Sie wollen eenen Schutzmann holen? Sie? Sie maukbeenigter Klamottenstiefel! Wat? Sie fassen mir an'n Arm? Ick haue Ihnen eene rin, det Sie die Füße jejen den Himmel kehren." Und klatsch, versetzte sie ihm einen Schlag ins Gesicht. Wenn der angedrohte Erfolg auch nicht eintrat, so blutete ihm doch die Nase. „Det is och wat von Fausten" meint die Frau kaltblütig. — Es entstand nun ein ziemlicher Tumult. Der Händler wollte auf die Frau eindringen, wurde aber von den Umstehenden, welche für sie Partei nahmen, daran verhindert. Zum Glück erschien ein Schutzmann, der die streitenden Parteien aufschrieb und den Händler zum Weiterfahren veranlaßte. Frau Wilhelmine Schneider, die tapfere Frau, erhielt ein Strafmandat wegen Verübung groben Unfugs in Höhe von 3 Mark. Es lag nicht in ihrer Natur, sich dabei zu beruhigen, sondern sie ließ es sich nicht nehmen, richterliche Entscheidung anzurufen. Nachdem der Sachverhalt wie vorstehend geschildert festgestellt war, wurde das Strafmandat bestätigt. Frau Schneider will ans Kammergericht gehen.

Kleine Rundschau.

Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen in Verbindung mit Raub ist, wie nachträglich bekannt wird, am Sonntag Abend in Spandau verübt worden. Ein 15jähriges Mädchen, das in Berlin dient, hatte seine auf dem Charlottenburger Rieselgut Karolinenhöhe beschäftigten Eltern besucht und wollte sich Abends, um nach Berlin zurückzukehren, zum Bahnhof begeben. Auf der Potsdamer Chaussee, unweit der Trainkaserne, wurde es von einem Soldatenuniform tragenden jungen Menschen überfallen, vergewaltigt und des Portemonnaies mit mehreren Mark Inhalt beraubt. Der Unmensch bedrohte sein Opfer mit einem Messer, wenn es schreien würde. Die Polizei sucht den Thäter unter den Soldaten.

Der Raubmörder Friedrich Mörke hat vor dem Untersuchungsrichter in Spandau ein umfassendes Geständniß abgelegt. Danach hat er die Absicht gehabt, den Herbergswirth Kern zu ermorden und sich dann der Geschäftskasse zu bemächtigen. Mörke macht einen durchaus beschränkten Eindruck, scheint aber trotzdem ein ganz verschlagener Bursche zu sein, denn er hat vor einiger Zeit in Spandau verübte wohlgelungene Schwindeleien. Der überfallene Herbergswirth liegt schwerkrank danieder und dürfte kaum wieder völlig hergestellt werden; Lebensgefahr ist indeß nicht vorhanden.

Hamburg, 28. Januar. In Folge constatirter Tollwuth ist die Festlegung sämmtlicher Hunde und der Maulkorbzwang in Hamburg und Altona angeordnet worden.

Der muthmaßliche Mörder der in Hoderup am 16ten Januar ermordeten Kätnersfrau Karlsen aus Adelbz bei Flensburg wurde heute mit erfrorenen Füßen in Medelbz aufgefunden und in das Gerichtsgefängniß in Leck eingeliefert.

Ein Grubenunglück hat sich auf den Großalmeroder Thonwerken ereignet. In einem Schachte wurden drei Bergleute verschüttet. Einer von ihnen wurde getödtet, die beiden andern tödtlich verletzt.

Koburg, 28. Januar. Der wegen Unterschlagung von Mündelgeldern verhaftete Commissionär Schwarz hat sich in der verflossenen Nacht im Gefängniß erhängt.

Weimar, 28. Januar. Die Weimar-Rastenberger Bahn stellte wegen heftiger Schneeverwehung den Betrieb ein.

In Folge Schneeverwehungen hatte am Mittwoch Abend ein Güterzug bei Arnstadt über zwei Stunden Verspätung. Als der Zug auf dem Bahnhof Arnstadt hielt, wurde eine nachfolgende Maschine bei Blockstation Siegebach versehentlich durchgelassen, bevor Rückmeldung des Güterzuges von Arnstadt erfolgt war. Die Maschine fuhr auf den Güterzug auf, wodurch die vier letzten Wagen des Güterzugs, sowie die aufgefahrene Maschine entgleisten und beschädigt wurden. Ein Bremser des Güterzugs brach bei dem Zusammenstoß das Genick; der Tod trat sofort ein. Weitere Verletzungen von Personen sind nicht vorgekommen.

Im ganzen Königreich Sachsen liegen colossale Schneeberge, die durch das mehrtägige Unwetter zusammengeweht sind; dabei stürmt es noch ununterbrochen weiter. In Folge dessen ist die Bahnstrecke Döbeln-Mügeln gesperrt. Die „Berliner Post" ist mit beträchtlicher Verspätung eingetroffen; Verspätungen hat im Besonderen der Verkehr auf der Leipziger und Limbacher Strecke zu verzeichnen.

Frankfurt a. M., 28. Januar. In Folge von Schneeverwehungen sind gestern und heute große Verkehrsstörungen auf der Eisenbahn vorgekommen, von denen besonders die Züge von Berlin und Hamburg betroffen wurden, die mit mehrstündiger Verspätung eintrafen.

Mainz, 28. Januar. Der Consul der Vereinigten Staaten von Amerika, Perry Bartholow, wurde heute wegen schwerer Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte drei Wochen Gefängniß beantragt. Der vom Angeklagten vorgebrachte Einwand der Nichtzuständigkeit des Gerichts wurde vom Gerichtshof abgelehnt.

Verhungert und Erfroren! In einem elenden Loche in Grombühl bei Würzburg, das man „Wohnung" nennt, ist das Mädchen eines ortsabwesenden Kutschers dem Hungers- und Erfrierungstode zum Opfer gefallen.

Wegen Schnee und Schneesturm blieb in der Schweiz eine Reihe Posten theils stecken, theils konnten sie nicht abgehen. Der Postillon Wolf, der von einer Lawine am Bernina verschüttet worden, wurde aus dem Schnee herausgegraben; er lag todt unter dem Gepäckschlitten. Sämmtliche Sendungen der verunglückten Post sind unbeschädigt zum Vorschein gekommen.

Brüssel, 28. Januar. Gestern Nachmittag fand sich auf dem hiesigen deutschen Consulate ein Mann ein, der sich als Deserteur eines Düsseldorfer Regiments bezeichnete und auf Kosten des Consulats heimzureisen verlangte. Der Secretär des Consulats schlug diese Forderung ab. Kurz darauf versetzte ihm der Deserteur mehrere heftige Schläge, wobei er ihm die Kinnlade zerschmetterte. Es entspann sich ein Kampf; der Deserteur konnte jedoch die Flucht ergreifen, ehe die Polizei zur Stelle war.

Das Armenhaus in Transtorp bei Nybro (Dänemark) ist niedergebrannt. Zwei alte Frauen kamen in den Flammen um, mehrere andere wurden schwer verwundet.

Bombay, 28. Januar. Nach dem amtlichen Ausweise beträgt die Zahl der Erkrankungen an der Pest hierselbst 4396 und die Zahl der Todesfälle 3275. In Karrachi erkrankten bis jetzt 694 Personen an der Pest, von denen 644 starben, in Poona 65 beziehungsweise 60. Auch aus Surat, Baroda, Ahmadabad, Kathiawar und Cutch werden einige Pestfälle gemeldet.

Locale Rundschau.

Breslau, den 29. Januar 1897.

* Zur Lage der Eisenbahnarbeiter. In einer Zeit, in welcher unsere Eisenbahnen viele Millionen an Ueberschüssen abwerfen, könnte man wohl erwarten, daß die Erwerbsverhältnisse der ohnehin schlecht bezahlten Eisenbahnproletarier nicht noch weiter herabgedrückt werden. Und doch ist dasselbe geschehen. Nach der Mittheilung einer oberschlesischen Zeitung ist neuerdings die Arbeitszeit in gewissen Beschäftigungsarten von sechs Tagen auf nur 3 Tage in der Woche beschränkt worden. Das betreffende Blatt schreibt darüber weiter:

„Drei Tage in einer Woche! Und davon sollen die armen Leute leben? Davon sollen sie ihre Familien ernähren? Sie erhalten pro Tag 1,20 bis 1,60 Mk. Arbeitslohn; das macht auf die Woche 3,60 bis 4,80 Mark. Davon kommen noch in Abzug die Beiträge an verschiedene Kassen, die auf einen Monat die — bei solchen Verhältnissen gewiß bedeutende — Höhe von 2 Mark und darüber erreichen. Daß bei diesem Verdienst eine Familie von sechs bis acht Köpfen ein menschenwürdiges Dasein fristen kann, ist doch gewiß schlechterdings unmöglich. Da wäre doch im Interesse des allgemeinen Wohles der dringende Wunsch gerechtfertigt, man möge an maßgebender Stelle, und zwar in Kürze, eine Besserung dieser traurigen Verhältnisse herbeiführen."

Zu allererst wäre es doch im Interesse des Ansehens des Staates dringend nothwendig, daß derartige Maßregeln unterblieben. Was sollen denn die Arbeiter während der freien Tage machen? In der jetzigen Zeit ist es doch ausgeschlossen, daß die Leute andere Arbeit finden. Wenn der Staat das Heer der Arbeitslosen in der ungünstigsten Zeit des Jahres noch vergrößert, was soll man da erst vom Privatbesitzer erwarten. Was für Folgen aber solche Maßnahmen haben müssen, das sieht das citirte Blatt voraus:

„Die Magenfrage spielt in unserer realistisch angehauchten Zeit nun leider eine nicht unwichtige Rolle. So lange die Menschen eben keine ätherischen Wesen sind, wollen sie — und man kann das den Leuten nicht einmal so sehr verübeln — durchaus nicht von der Luft leben. Bei den besten Grundsätzen trotz der entschiedensten (? D. R.) Ueberzeugung von der Unerfüllbarkeit der socialistischen Versprechungen, werden solche Leute beim Anblicke ihrer nothleidenden Familien, wenn die Sprache des unzufriedenen Magens allzu vernehmlich ist, eine Sprache, die sich auch dem ungebildetsten Arbeiter verständlich macht, sich der „internationalen, völkerbefreienden" Socialdemokratie in die Arme werfen."

Ueber die Unerfüllbarkeit der socialistischen Versprechungen braucht man wahrlich nicht mehr zu streiten in einer Zeit, in welcher die herrschende Gesellschaft solche Proben ihrer Leistungsfähigkeit ablegt, wie die Beschränkung der Arbeitstage der Eisenbahnarbeiter eine ist.

* Auf der Tagesordnung der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung standen höchst

interessante Punkte, es gelangte jedoch keiner derselben zur Verhandlung.

Das zu errichtende Mädchen-Gymnasium, die künftige Verwendung des alten Schlachthofes, das Projekt eines Hafenbaues, das Alles ist gewiß geeignet, das Interesse der hiesigen Bürger wach zu rufen. Sie waren auch zahlreich erschienen, nicht aber Diejenigen, welche darüber berathen sollten. Außer vielen Anderen fehlten auch die Berichterstatter für die ersten beiden Punkte und mußten daher die Sachen zurückgestellt werden. Nicht erschienen war ferner der Magistratsbeamte, ohne welchen die Hafenbauvorlage nicht zur Besprechung gelangen konnte.

Eine längere Debatte rief nur die Vorlage, betreffend die Baugewerkschule, hervor, welche auf Antrag des Oberbürgermeisters dem Schulausschuß überwiesen wurde. Nach knapp einstündiger Dauer fand die Versammlung ihr Ende.

* Der verleumderischen Beleidigung des Polizeicommissar Leder angeklagt stand heute Genossin Alice Geiser vor dem hiesigen Schöffengericht. Im Laufe der Verhandlung, auf die wir morgen ausführlich zurückkommen, zog der Staatsanwalt die Anklage auf verleumderische Beleidigung zurück und beantragte wegen einfacher Beleidigung eine Geldstrafe von 100 Mk. Das Gericht erkannte auf 50 Mk. Geldstrafe, indem es als erwiesen erachtete, daß die Angeklagte durch ihre Kritik der Handlungsweise des Herrn Leder bei der bekannten Affaire im Locale des Herrn Paul den Herrn Commissar beleidigt habe."

* **In dem Entseelten**, welcher am gestrigen Morgen in dem Hause Freiburgerstraße 22 aufgefunden, wurde bald darauf ein Bäckergeselle erkannt; derselbe hatte sich des Morgens gegen 5¾ Uhr auf der Straße zu zwei Dienstmädchen gesellt, die vom Tanz nach Hause kamen, und begleitete sie bis an das Grundstück. Als die Mädchen die Hausthür geöffnet hatten, liefen sie schnell die Treppe empor, um der weiteren Unterhaltung zu entgehen; der Bäcker wollte den Mädchen rasch folgen, mag aber, während die Mädchen verschwanden, auf der ihm unbekannten Treppe so unglücklich abgestürzt sein, daß er bald darauf verschied. Nach kurzer Zeit bemerkten, wie bereits gestern gemeldet, ihn zwei Männer, die gegen 6 Uhr das Haus betraten. Ein herbeigerufener Arzt konnte denn auch nur feststellen, daß der Tod durch einen Sturz herbeigeführt sei. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft.

* **Unglücksfälle**. Einem Knecht aus Kottwitz fiel beim Verladen von Eichen ein Stamm auf den linken Oberschenkel, der vollständig zermalmt wurde; das Bein mußte amputirt werden. — Ein Schuhmacher glitt auf der Universitätsbrücke aus und erlitt einen Knöchelbruch. — Auf ähnliche Weise verunglückte ein Lohngärtner, der dabei eine schlimme Quetschung der Brust davontrug. — Ein Mann stürzte in einem Hause auf der Sternstraße zwei Stufen der Treppe hinab und brach den linken Oberschenkel. — Diese Verunglückten fanden im Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder Aufnahme. — Ein 19 Jahre alter Arbeiter, der in einem Hause damit beschäftigt war, die elektrische Leitung mit dem Amperemesser zu messen, berührte hierbei mit dem Draht eine Bleisicherung an unrichtiger Stelle, und dies verursachte einen Kurzschluß. Der Mann erlitt Brandwunden an der linken Hand. Feuerwehrmannschaften legten ihm Verbände an.

* **Hubenstück**. Am 27. d. Mts., Abends 11 Uhr war, wie schon berichtet, die Feuerwehr in einem Grundstück an der Märkischen Straße thätig. An einem Hydranten auf der Bergstraße war hierbei ein Schlauch angelegt worden; dieser Schlauch ist von einem Mann, der leider nicht ermittelt werden konnte, durchschnitten worden, so daß ein Schaden von etwa 30 Mk. entstanden ist. Der That verdächtig ist ein etwa 30 Jahre alter Mann, welcher sich in der Nähe des Schlauches umhergetrieben hatte.

* **Betrug**. Ein etwa 28 Jahre alter Mann kam vor einigen Tagen des Abends in eine Barbierstube auf der Ursulinerstraße und bot dem allein anwesenden Gehilfen einen Siegelring zum Kauf an, indem er angab, er sei gezwungen, sich von dem Ring, der einen Werth von 21 Mk. habe, zu trennen, da er [illegible] im Kartenspiel schlimme Verluste erlitten habe. Der Gehilfe ließ sich schließlich bestimmen, dem Mann den Ring für [illegible] Mk. abzukaufen. Als er sich andern Tages den Ring genauer betrachtete, sah er, daß derselbe vollständig werthlos war. Der Betrüger hatte einen schwarzen Schnurrbart und trug u. A. eine hellgraue [illegible] und eine Krimmermütze.

* **Polizeiliche Meldungen**. In das Polizeigefängniß wurden am 27. d. M. 34 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine silberne Cylinderuhr, ein Opernglas, eine Korallenbrosche. — Abhanden kamen: ein Schmuckstück, eine goldene Brosche, ein Korallenarmband, ein goldener Ohrring.

Provinzielle Rundschau.

Haynau.

An die Mitglieder der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Laut Bekanntmachung des Vorstandes der genannten Kasse findet die Vertreterwahl zur Generalversammlung am Sonnabend, den 30. Januar im Saale des Gasthofs „zum goldenen Löwen", Abends 8 Uhr, statt. Zahlreiche Betheiligung durchaus nothwendig.

Schweidnitz. Weistritzthalbahn. Das „Schles. Tageblatt" berichtet: Die Gemeindevertretung von Wüstewaltersdorf bewilligte in der letzten Sitzung am Sonnabend zu den Grunderwerbskosten für die Weistritzthalbahn aus der Gemeindekasse 10,000 Mk. Da der Bau der Bahn für den Ort, bezw. für die dortige Industrie, auch wenn sie nicht direct bis dorthin gebaut wird, eine Lebensfrage ist, so kann der obige Beschluß nur gebilligt werden. Die Firma Websky Hartmann Wiesen hat die von ihr bewilligte Summe von 40,000 Mark auf 60,000 Mark erhöht.

Fischbach. Auf dem Wege zum Grabe gestorben. Als am vergangenen Dienstag der Stellenbesitzer Renner aus Bärndorf beerdigt wurde, kam einer der Leichenträger mit Namen Häring so unglücklich zu Fall, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Bunzlau. Unglücksfall. Vor einigen Tagen Morgens 6 Uhr fanden die Bewohner des Hauses Nr. 42 in Greulich den Hüttenarbeiter Oswald Seifert todt vor der Hausthür liegen. Derselbe ist jedenfalls in der Nacht vom Flurfenster des ersten Stockwerks herabgestürzt. Der Tod muß wohl augenblicklich eingetreten sein.

Oberglogau. Verhaftung. Der Strumpffabrikant H. aus Leschnig ist wegen Unterschlagung von 30 000 Mk. Darlehnskassengeldern hierselbst verhaftet worden.

Laurahütte. Zum Gruben-Unglück wird der „Kattowitzer Zeitung" geschrieben: Wer Zeuge davon war, wie die Flammen in riesigen Garben aus dem Unglücksschacht drangen, wird ohne Weiteres angenommen haben, daß durch die furchtbare Gluth die Leichen der Verunglückten in Atome zerstört werden mußten. Diese Ansicht wird in Fachkreisen nicht so ohne Weiteres getheilt. Einmal drangen wohl die Gase, aber nicht das Feuer von unten herauf, sondern Letzteres wurde an der Erdoberfläche entfacht. Es ist auch erklärlich, daß sich die Flamme am Ausgange, wo sie in mächtigem Zuge zuströmte, am meisten entwickeln mußte. Ebenso aber kann man annehmen, daß nach der Tiefe zu der Brand abgenommen hat, da ja dort der nothwendige Factor zum Brennen, der Sauerstoff, fehlte. Sollten die Leichen der Verunglückten auf der Grubensohle liegen, so dürfte die Behauptung eines Bergbeamten nicht unwahrscheinlich sein, daß die Leichen noch gefunden und geborgen werden können.

Beuthen OS., 28. Januar. Dem Tode nahe. Zwei Dienstmädchen eines hiesigen Rechtsanwalts wären in der Nacht von Sonntag zu Montag sicherlich erstickt, wenn das Unglück nicht rechtzeitig bemerkt worden wäre. Wahrscheinlich während der Zeit, als die Mädchen bereits fest schliefen, ging das Ofenrohr auseinander und die lebensgefährlichen Gase strömten ins Zimmer. Wie der hiesigen Zeitung mitgetheilt wird, fand man die Mädchen bereits in betäubtem Zustande auf. Der schleunigst herbeigeholte Arzt stellte sofort Wiederbelebungsversuche an, die auch glücklicherweise von Erfolg begleitet waren.

Samter. Jugendlicher Lebensretter. Kürzlich fiel in Polko bei Samter in Posen der 5 Jahre alte Sohn des Arbeiters Smimiel in einen Teich und würde sicher ertrunken sein, wäre nicht der 6jährige Sohn des Vogtes Walkowiak dazu gekommen und hätte ihn an den Haaren herausgezogen. Eine brave That für einen solch kleinen Burschen!

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. Januar. Hier geht in den leitenden Kreisen etwas vor — man weiß nur nicht was! So orakeln bürgerliche Blätter. Auffällig soll der Empfang des früheren Ministers v. Köller beim Kaiser sein, nachdem Herr v. Köller vorher vom Untersuchungsrichter im Tausch-Proceß vernommen worden ist. Der „Bresl. Ztg." wird gemeldet: „Die Anberaumung einer neuen Sitzung des Staatsministeriums auf gestern Nachmittag 3 Uhr, wird in politischen Kreisen viel besprochen. Man mißt dieser Sitzung eine größere Bedeutung bei, weil die Einladungen zu derselben erst kurz vor Beginn erfolgt waren; der Anlaß zu dieser Sitzung muß also ein ganz triftiger gewesen sein."

Die „Münchener Volkszeitung" will wissen, daß diese geheimnißvollen Vorgänge in Zusammenhang zu bringen seien mit — der socialdemokratischen Verunglimpfung gegen die Hundertjahrfeier Wilhelm I. Auch nicht übel! Und kann es übrigens recht sein.

Hamburg, 28. Januar. Der Arbeitgeberverband beschloß, auf das Schreiben der Ausständigen keine Antwort zu ertheilen. Nachdem die Seeleute heute die Arbeit wieder aufgenommen haben [illegible], haben die Rheder von heute ab Schadenbildungen bewilligt.

Karlsruhe, 2[illegible]. Januar. Der „Karlsr. Ztg." zufolge wurden bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Donaueschingen für [illegible] 5[illegible]9, Schüler (Centr.) [illegible] und Krohn (Soc.) [illegible] Stimmen abgegeben. Es findet daher Stichwahl zwischen Kerr und Schüler statt.

Budapest, 28. Januar. Abgeordnetenhaus. Am Schluß der Sitzung richtete der Abg. Bizontai wegen des Streiks in den Kniner Bergwerken, wo nahezu 3600 Arbeiter ausständig seien, eine Anfrage an die Regierung. Der Fragesteller wünscht Auskunft, ob der Gebrauch der Waffen Seitens der Gendarmerie gerecht und gesetzlich zulässig war.

Bern, 28. Januar. Der Berner große Rath nahm mit 121 gegen 4 Stimmen das Decret, betreffend die Zuschüsse für neue Eisenbahnlinien durch den Staat Bern mit 23 Millionen Frcs., an. Die Volksabstimmung darüber findet am 28. Februar gleichzeitig mit der eidgenössischen Abstimmung über das Bundesbankgesetz statt.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 28. Januar.

Heiraths-Ankündigungen. II. Arbeiter Paul Wude, ev., Mehlgasse 41, und Marie Preißner, kathol., Heinrichstraße 14. — Schriftsetzer Hermann Kirsch, kathol., Oberschleuse 3, und Josefa Joseph, kath., daselbst. — Schlosser Paul Löbelt, ev., Berlinerstr. 36a, und Martha Künze, kathol., Weißenburgerstr. 19. — Schlosser Josef Pinkas, kathol., Matthiasstr. 173, und Anna Kunze, kath., Roßplatz 8. — Musiker Paul Schäfer, kathol., Kupferschmiedestr. [illegible], und Hedwig Frost, kathol., Verl. Sternstr. 97. — Schlosser P[illegible] Grosser, kathol., Ohlauer Chaussee 2, und Bertha Räder, kath., Adalbertstr. 10. — Maurer Paul Schirdewan, kath., Mehlgasse [illegible], und Martha Anders, kath., daselbst. — Schornsteinfeger Carl Ke[illegible], ev., Blücherstr. 8, und Hedwig Jaenicke, kath., Scheitnigerstr. 22. — Maurer Emil Gentner, ev., Verl. Sternstr. 99, und Martha Lang[illegible], kath., daselbst. — Maler Johann Unger, kath., Rosenstr. 10a, und Sophie Stoschek, kath., Neuegasse 13b. — Vorarbeiter Ernst Bein[illegible], kath., Brigittenthal 20, und Pauline Kaiser, ev., daselbst. — Arbeiter Carl Zukunft, ev., Mühlgasse 16, und Pauline Kuhnke, ev., Fried[illegible]straße 48.

Eheschließungen. I. Maurer Robert Blasche, ev., Weißenburgerplatz 10, mit Margarethe Sajons, kathol., Bergstraße 12. — Schriftsetzer Anton Gruschka, kath., Weidenstr. 25, mit Ida Weidr[illegible], ev., Bahnhofstr. 11. — Bäcker Karl Hubatschek, ev., Schweitzerstr. [illegible], mit Helene Guderley, kath., daselbst. — II. Arbeiter Wilhelm Be[illegible], ev., Hubenstr. 93, mit Auguste Klinner, kathol., Höfchenstr. 105. — Schlosser Richard Pfohl, ev., Zobtenstr. 12, mit Ida Linke, kath., Lohestr. 59. — Arbeiter Robert Bauer, kathol., Lößchstraße 26, mit Bertha Rietig, ev., Lößchstr. 37. — Brenner Ernst [illegible], Fährgasse 6, mit Pauline Pache, ev., daselbst.

Geburten. I. Kutscher Karl Scupin, ev., T. — Barb[illegible] und Friseur Karl Parchwitz, k., S. — Kellner Hugo Neumann, e[illegible] S. — Schlosser Eugen Böttiger, ev., T. — Arbeiter Oswald We[illegible] kath., S. — Schiffer Josef Deutscher, kath., T. — Fischer Karl Günth[illegible] kathol., S. — Privatbriefträger Otto Bluschke, ev., S. — Arbei[illegible] Hermann Winkler, kath., T. — Schneidermeister Vincenz Smr[illegible] kath., S. — Anstreicher Robert Bittner, kath., T. — Schneiderm[illegible] Maximilian Pohl, kath., T. — II. Tischler Paul Kunkel, kath., [illegible] — Maurer Max Wippich, ev., T. — Bahnarbeiter Max Kutsch[illegible] ev., T. — Kutscher Franz Luntscher, kathol., S. — Tischler Jo[illegible] Regul, kathol., S. — Privatwächter Friedrich Micke, evang., T. — Hilfsbremser Augustin Matschke, ev., S. — Kutscher Paul Gaffr[illegible] ev., S. — Heizer Paul Felsmann, ev., S. — Schlosser Johan[illegible] Pohl, kath., S. — Kellner Paul Peschke, ev., S. — Arbeiter Fra[illegible] Klimisch, kath., S. — Friseur Wilhelm Milde, ev., S. — Arbei[illegible] Gottlieb Kornau, ev., T. — Handelsmann Emanuel Schauder, kat[illegible] T. — Haushälter Reinhold Weinhold, ev., T. — Tischler Robert Lan[illegible]ner, ev., T. — Monteur August Hanke, evang., T. — Bäckermeist[illegible] Paul Brehmer, evang., S. — Schneidermeister Joachim Strachot[illegible] kath., T. — Zuschneider Robert Fiedler, k., S. — III. Arbeit[illegible] Karl Jedczek, ev., S. — Arbeiter Wilhelm Postlieb, ev., S. — Straßenbahn-Kutscher Karl Kutzer, ev., S. — Dachdecker Herman[illegible] Peter, kath., T. — Arbeiter Amand Kuhl, kath., S. — Kutsch[illegible] Heinrich Gräbsch, ev., S. — Schneidermeister Ignatz Subera, kat[illegible] S. — Bildhauer Heinrich Stärker, ev., T. — Kutscher Karl Woitu[illegible] kath., S. — Maurer Robert Kirmes, ev., T. — Hilfsbremser Jo[illegible] Straube, kath., S. — Brauer Paul Gernoth, kath., S. — Schu[illegible]machermeister Hermann Härtel, ev., T. — Handschuhmacher Geo[illegible] Scholz, kath., S. — Gürtler Heinrich Barnitzko, ev., T. — Sattl[illegible] Wilhelm Vetter, ev., S. — Messerschmied Anton Kocourek, kat[illegible] T. — Arbeiter August Speer, kath., S. — Arbeiter Karl Gärtne[illegible] ev., T. —

Todesfälle. I. Arbeiter August Kamisch, 33 J. — Nagelschmiedsfrau Anna Schuler, geb. Schuppe, 66 J. — Arbeit[illegible] Martin Pieperz, 65 J. — Martha, T. des verstorbenen Schuhmacher[illegible]meisters Johann Sobiella, 2 J. — Alfred, Sohn des Arbeiter[illegible] Alois Gloger, 4 Mon. — II. Max, S. des Fleischermeisters Nicode[illegible] Ignacy, 16 Tage. — Frieda, T. des Schuhmachers Bruno Leckel[illegible] 19 Tage. — Stellmachersfrau Johanna Alter, geb. Müller, 64 J. — Arbeitersfrau Pauline Härtel, geb. Thiel, 44 J. — Paul, S. de[illegible] Kutschers Paul Gaffron, 10 Stunden. — Rahmenpresser Jos[illegible] Seifert, 46 J. — Franz, S. des Kärrners Ernst Schmidt, 5 M. — Arthur, S. des Arbeiters Theodor Larisch, 8 Mon. — Wilhelm, S[illegible] des verstorbenen Friseurs Wilhelm Milde, 2 Stunden. — Arbeitersfrau Agnes Wollny, geb. Münzberger, 29 J. — Frieda, T. des Zimmermannes Wilhelm Kater, 3 M. — Kellner Franz Gottwald[illegible], 52 J. — Karl, S. des Schuhmachers Wilhelm Niemand, 4 W. — Hilfsbremsersfrau Bertha Ziegler, geb. Machoy, 54 J. — Karl, S[illegible] des Maurers Karl Frach, 5 M. — Franz, S. des Schneidermeisters Ignatz Subera, 2 T. — Martha, T. des Maurers Wilhelm Neumann, 7 J. — Näherin Bertha Kalessa, 19 J. — Gertrud, T. des Schiffbauers Wilhelm Reichardt, 20 T. — Postschaffnersfrau Auguste Herkletz, geb. Höflich, 37 J. — Droschkenbesitzer Ernst Ulbrich, 48 J.

Für die Frauenagitation als letztwilliges Vermächtniß 0.55 Mark erhalten zu haben, bescheinigt

Breslau, 28. Januar 1897. Alice Geiser.

Stadt-Theater
Freitag: „Lohengrin."
Sonnabend: „Schubertfeier."
Sonntag: „Fidelio."

Lobe-Theater.
Freitag: „Die versunkene Glocke."
Sonnabend: „Anna's Traum."

Thalia-Theater
Volksvorstellungen.
Freitag: Gruppe G 3 Vorstellung: „Doctor Klaus."

Victoria-Theater.
Direction Müller.
Vollständig neues Programm.
Preise: Nummerirt 1 Mark, reservirt 75 Pf., Entree 50 Pf. im Vorverkauf nummerirt 75 Pf., reservirt 60 Pf., Entree 40 Pf.

Max Christoph
Cigarren-Fabrik
139, Matthiasstr. 139
empfiehlt sein Lager selbstgefertigter
Cigarren
zu jeder Preislage. 1727

Schuhwaaren,
eigenes Fabrikat und nur bestes Material für
Herren, Damen und Kinder
zu billigsten Preisen. Reparaturen [illegible]
Paul Quitt, Schuhmachermeister, Friedr.-Wilhelm-Straße Nr. 1.

Mitglieder-Versammlung
der Section der Schlosser
und verwandter Berufsgenossen.
Sonnabend, den 30. Januar cr., Abends 8 Uhr,
in der **Brauerei** von **Gebrüder Rösler.**
(Friedrich-Wilhelmstraße 66, [illegible] Saal.)
Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Erneuerung der Beiträge. 2. Vortrag mit Berichterstattung über die nächste Generalversammlung. 3. Ergänzung eines Delegirten zur General-Versammlung. 4. Wahl eines Vertrauensmannes. 5. [illegible] 6. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Oeffentliche Versammlung
der Korbarbeiter u. Arbeiterinnen.
Sonntag, den 31. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr,
im Saale des Herrn **Kostrowsky**, [illegible] 100.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **O. Schütz**. 2. [illegible] 3. [illegible] 4. Verschiedenes.
[illegible]
Der Einberufer.

Bunzlau.
Grosser Wiener Masken-Ball.
Sonnabend, den 30. Januar, im „Kronen-Saal,"
vom **Arbeiter-Vergnügungsverein.**
Billets für Mitglieder incl. Dame **50 Pf.**, Nichtmitglieder incl. Dame **75 Pf.**, Einzel-Dame **25 Pf.**, Gallerie **20 Pf.** sind im Vorverkauf bei Herrn **E. Starke**, [illegible]straße 20 zu haben.
Anfang Abends 8 Uhr. **Der Vorstand.**

Die feinste
Molkerei-Tafelbutter,
täglich frisch 1747
das Pfund 1,05 Mark.
Molkerei-Niederl. Ring 3.
[illegible]

Achtung.
Die
öffentl. Versammlung
für alle in der
Handschuh-Industrie
beschäftigten **weiblichen** u. männlichen [illegible] findet bestimmt **morgen Sonnabend den 30. Januar, Abds. 8 Uhr,** bei **Kostrowsky**, [illegible]straße 100 statt. 1763

Meine
neu übernommenen Localitäten empfehle ich den Lesern der „Volkswacht" zur gefälligen Beachtung. Auch ist ein **Vereinszimmer mit Flügelbenutzung** zu vergeben. 1755
Johann Scholz,
Nr. 27b Weinstraße Nr. 27b.
Jeden Sonnabend:
Eisbeinessen.

Cigarren u. Cigaretten
sowie sämmtliche
Schreibmaterialien
empfiehlt 1099
Traugott Friedrich
früher **E. Simon**
Friedrich-Wilhelmstraße 49.

Herrengarderobe
nach Maaß
fertigt zu **billigen Preisen** in reellster Ausführung und tadellosem Sitz. Zur Auswahl von Stoffen empfehle ich meine sehr reichhaltigen Mustercollectionen einer gefälligen Beachtung. 1727
H. Reich,
Schneidermeister,
Hirschstraße 22, I.
zwischen Paul- und Scheitnigerstraße.

Geschichte der modernen Polizei
im Zusammenhange mit der Kulturbewegung.
Mit zahlreichen Illustrationen, Portraits, Facsimilien &c.
von **Paul Kampfmeyer.**
Vollständig in 25 Heften, à 20 Pf. = 5 Mk.
Zu beziehen durch alle Colporteure und Expedition dieses Blattes.

Die
socialdemokratische Reichstagsfraction.
Ergebniß der Hauptwahlen 1893.
Preis 75 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Verantwortlicher Redacteur: Ernst Zahn; — Redaction und Expedition: [illegible]straße 5.6. — Verlag von G. Saeve & Co.; Druck von [illegible]